

Antrag 71/I/2026

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Zeitgemäße Rahmenbedingungen für Integrations- und Berufssprachkurse schaffen

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Deutschen Bun-
- 2 destags sollen sich dafür einsetzen, die bestehenden Vor-
- 3 gaben für Integrations- und Berufssprachkurse umfas-
- 4 send zu überprüfen und zeitgemäß weiterzuentwickeln.
- 5
- 6 Insbesondere sollen die bundesrechtlichen Regelungen
- 7 sowie die Verwaltungsvorgaben des Bundesamtes für Mi-
- 8 gration und Flüchtlinge (BAMF) dahingehend angepasst
- 9 werden, dass sie eine qualitativ hochwertige Sprachför-
- 10 derung ermöglichen, ohne Träger, Lehrkräfte und Teilneh-
- 11 mende durch starre und praxisferne Anforderungen un-
- 12 nötig zu belasten.
- 13
- 14 Dabei sollen die folgenden konkreten Änderungen ver-
- 15 folgt werden:
 - 16 1. Flexibilisierung der Raumvorgaben - starre Vorga-
 - 17 ben zu Raumgrößen, Mindestteilnehmendenzah-
 - 18 len und zur Anzahl zusätzlicher Nebenräume (z.
 - 19 B. Sozial-, Pausen- oder Selbststudienräume) sollen
 - 20 überprüft und durch flexible, bedarfsorientierte Kri-
 - 21 terien ersetzt werden.
 - 22 1. Überarbeitung der Anforderungen an Alphabeti-
 - 23 sierungskurse - Empfehlungen wie die Einrichtung
 - 24 spezieller „Alpha-Räume“ dürfen nicht faktisch zu
 - 25 verpflichtenden Voraussetzungen für die Kurszulas-
 - 26 sung werden. Stattdessen sollen unterschiedliche
 - 27 pädagogische Konzepte und räumliche Lösungen
 - 28 anerkannt werden, sofern die Qualität des Unter-
 - 29 richts gewährleistet ist.
 - 30 1. Stärkere Anerkennung moderner Unterrichtsfor-
 - 31 men - digitale, hybride und innovative Lehr- und
 - 32 Lernformate sollen verbindlich in den Vorgaben
 - 33 berücksichtigt werden. Die Ausstattungsvorgaben
 - 34 müssen zeitgemäße digitale Infrastruktur statt aus-
 - 35 schließlich klassischer Präsenzzimmer in den Mittel-
 - 36 punkt stellen.
 - 37 1. Berücksichtigung regionaler Unterschiede -die be-
 - 38 sonderen Herausforderungen ländlicher Räume so-
 - 39 wie innerstädtischer Ballungsgebiete sollen bei der
 - 40 Ausgestaltung der Vorgaben stärker berücksichtigt
 - 41 werden, um ein flächendeckendes Kursangebot si-
 - 42 cherzustellen.
 - 43 2. Verbesserung der Planungs- und Rechtssicherheit
 - 44 für Träger - Verwaltungsvorgaben des BAMF sollen
 - 45 transparenter, verbindlicher und nachvollziehbarer
 - 46 gestaltet werden. Änderungen müssen frühzeitig
 - 47 angekündigt werden, um kurzfristige Zulassungsri-

48 siken für Träger zu vermeiden.
49 3. Die Anpassung der bestehenden Vorgaben (IntV
50 und DeuFöV sowie daraus abgeleitete Merkblatt zur
51 Trägerzulassung, Merkblatt zu Kursorten, Qualitäts-
52 kriterien für Integrationskurse, Handreichungen für
53 Alphabetisierungskurse) soll in einem Dialog mit
54 Trägern, Lehrkräften, Kommunen und Teilnehme-
55 den erfolgen.

56

57

58 **Begründung**

59 Integrations- und Berufssprachkurse sind ein zentrales In-
60 strument sozialdemokratischer Bildungs- und Integrati-
61 onspolitik. Sie schaffen Zugänge zu gesellschaftlicher Teil-
62 habe, Arbeit und politischer Mitbestimmung.

63

64 In der Praxis zeigt sich jedoch zunehmend, dass bestehen-
65 de Vorgaben, insbesondere zu Kursorten und räumlicher
66 Ausstattung, nicht immer den tatsächlichen pädagogi-
67 schen Anforderungen entsprechen. Statt Qualität zu si-
68 chern, führen sie häufig zu bürokratischen Hürden, er-
69 schweren innovative Konzepte und gefährden insbeson-
70 dere kleinere Träger sowie Angebote im ländlichen Raum.

71

72 Eine moderne Integrationspolitik braucht klare Qualitäts-
73 standards, aber auch Flexibilität, Vertrauen in die pädago-
74 gische Arbeit und realistische Rahmenbedingungen. Die
75 vorgeschlagenen Änderungen zielen darauf ab, Sprachför-
76 derung qualitativ weiterzuentwickeln, ohne den Zugang
77 zu Kursen einzuschränken.